№ 210
A 107
Morgen-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 5. Mai 1925
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark. mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Amerika mahnt Europa.

Friedensrede des Botschafters Houghton.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

whe **London**, 4. Mai.

Heute abend veranstaltete im Victoriahotel die anglo-amerikanische Pilgrimsgesellschaft unter dem Vorsitz des Herzogs von York ein Festessen, um den neuen amerikanischen Botschafter Houghton in London festlich zu begrüßen. Der Herzog von York, Baldwin und Ramsay Macdonald begrüßten den Gast in Reden, in denen sie die politische Einheit der beiden angelsächsischen Völker auf dem Gebiete der Friedenssicherung betonten.

Houghtens Antwortrede, die gleichfalls von einer Betonung der Blutsverwandtschaft und der Gesinnungsgemeinschaft der angelsächsischen Völker ausging, besitzt im Hinblick auf die bevorstehenden Sicherungsverhandlungen, auf die der Botschafter wiederholt anspielte, große politische Bedeutung.

Houghton betonte, daß das amerikanische Volk sich ebensowenig wie das englische Volk aus Gründen des Eigennutzes oder getrieben von der Lust, sein Geld spekulativ anzulegen, am Wiederaufbau Europas beteiligt habe. England und Amerika seien durch den Anblick einer Welt, die durch den Krieg moralisch und materiell schwer verletzt sei, zur Hilfeleistung angetrieben worden. **Große Fortschritte seien im letzten Jahre erzielt worden, aber die Schwierigkeiten, die noch überwunden werden müßten, seien fast ebenso groß, wie die Schwierigkeiten, die bereits überwunden seien.** Die noch vorhandenen Schwierigkeiten seien imponderabler Natur.

Als Amerika dazu überging, Europa wirtschaftlich zu unterstützen, habe es dies in der Voraussetzung getan, daß diejenigen, die am schwersten unter dem Kriege zu leiden gehabt hätten, versuchen würden, soweit menschliche Klugheit das erreichen könnte, zu einem Zustande zu gelangen, der frei von Kriegsgefahr sei. **Nur unter dieser Voraussetzung sei die Hilfe gewährt worden. Es gebe eine Grenze amerikanischer Hilfsbereitschaft.** Amerika werde nur helfen, wenn das amerikanische Volk darauf rechnen könne, daß die Zeiten zerstörender Politik vorüber seien und daß nunmehr die Aera des friedlichen Wiederaufbaues angebrochen sei. **„Das amerikanische Volk,"** so meinte Houghton, **„fragt sich jetzt, ob diese Aera des Friedens bereits gekommen ist.** Es muß auf diese Frage eine Antwort erhalten, und zwar von den Feldherren Europas, die allein die maßgebliche Entscheidung treffen können."

Wenn die Antwort zugunsten des Friedens ausfällt, kann Europa versichert sein, daß Amerika in seiner Hilfsbereitschaft bis zum äußerst Möglichen gehen wird. Aber wenn, was Gott verhüten möge, die Antwort weiterhin verwirrend und zweifelhaft ausfällt, dann befürchte ich, daß die jetzt im Gange befindlichen Verfahren und Aktionen, um Europa zu helfen, ihren unvermeidlichen Abschluß finden würden.

Wir sind nur imstande, denjenigen Hilfe zu leisten, die versuchen, sich selbst zu helfen, und indem wir dies sagen, denken wir nicht an eine bestimmte Nation, sondern eher **an eine Lage, in die alle europäischen Nationen verwickelt sind.**

Das amerikanische Volk hat nicht den Wunsch, sich in die Lösung dieses Problems einzumischen. Das amerikanische Volk weiß, daß an der Lösung dieser Probleme Faktoren mitwirken, an denen es mehr indirekt interessiert ist.

Wir verzichten daher darauf, Ratschläge zu erteilen; aber ich kann Ihnen versichern, daß das amerikanische Volk nicht nur hofft, sondern darum betet, daß bald ein Frieden zustandekommen möge, nicht ein Friede, der durch die Gewalt herbeigeführt wird, und der daher nur der Vorläufer eines neuen Krieges sein kann, sondern ein Frieden, der alle Merkmale der Dauer in sich trägt, ein Frieden, der die moralische Unterstützung der ganzen Menschheit verdient und erhalten wird, weil er gerecht ist.

Ein solcher Frieden kann, nach amerikanischer Auffassung, nur nach einem Verfahren zustandekommen: er muß darauf aufgebaut sein, daß alle Beteiligten sich gegenseitig, sei es in größerem, sei es in beschränkterem Umfange, den guten Glauben zubilligen. In dem Umfange, in dem man den Faktor des guten Glaubens ausschaltet, fördert man in diesen Dingen den Mißerfolg, denn der Friede kann nur hergestellt werden als Ergebnis gemeinsamer hoffnungsvoller Bemühungen. **Friede ist ein mutiges Abenteuer auf dem Felde des Glaubens."**

Die Rede Houghtons, die wegen ihres warmen ethischen Pathos einen ungeheuren Eindruck machte, wird als eine machtvolle amerikanische Kundgebung zugunsten einer baldigen umfassenden Befriedung Europas angesehen. Der deutsche Botschafter und die Botschafter von Belgien, Japan, Portugal und Brasilien wohnten dem Festessen bei.

Die Bauernfrage in Moskau.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

eh **Moskau**, 4. Mai.

Die nächsten Wochen bilden die Hochsaison des russischen innerpolitischen Lebens. Hintereinander tagen von morgen an die Plenarversammlungen der russischen Föderativ-Exekutive, dann der Rote Kongreß des russischen Förderativstaates und der Rote Kongreß der gesamten Sowjetunion.

Die Aufgaben der beiden ersten Körperschaften sind mehr verfassungsrechtlicher Natur. Der soeben veröffentlichte Entwurf der neuen Verfassung der russischen föderativen Sowjetrepublik bedeutet eine Anpassung an den Bundescharakter des Gesamtstaates. Rußland übernimmt damit gewissermaßen die Rolle, die Preußen im Bismarckschen deutschen Bundesstaat spielte.

Es leitet charakteristischerweise die Außenpolitik, das Kriegsressort, den Außenhandel, die Reichspost und die Telegraphie. Aus spezifisch russischem Bereich heraus und dem Gedanken der Gesamtunion entsprechend wird die bisherige Zahl von 17 russischen Volkskommissariaten auf 11 verkürzt.

In der Deklarierung der allgemeinen Grundrechte zeichnet sich die neue Umstellung des Kommunismus zur Bauernfrage in der Erweiterung ab, die der verfassungsrechtliche Begriff des werktätigen Bauern über die bisherige Dorfarmut hinaus findet.

Die Bauernfrage wird dann die Hauptrolle auf dem Kongreß der Gesamtunion spielen. Demonstrativ wird dieser Kongreß durch die Aufnahme zweier neuer asiatischer Bundesmitglieder, der Usbekistan und Turkmenistan, den Völkern Asiens zeigen, welche Großmacht ihren nationalen Genossenschaften zugedacht wurde, ist schon früher diskutiert

In der Bauernfrage ist der Weg durch die abgeschlossene kommunistische Parteikonferenz gewiesen, auf der Rykow in seiner Rede die neue Wirtschaftspolitik auf dem Lande als wichtigsten Abschnitt in der russischen Entwicklung seit 1921 bezeichnete.

Entscheidend ist, daß jetzt planmäßig die Uebertragung der neuen Wirtschaftspolitik von der Stadt aufs Land durchgeführt werden soll, Hand in Hand mit der Auffrischung des gesamten Parteiapparates durch neue Kräfte. Es ist keine neue Bourgeoisie des Dorfes, die herangezüchtet werden soll, aber ihre vorhandenen Kräfte sollen ins staatssozialistische Bett des Genossenschaftswesens gelenkt werden.

Auf die Wahlfreiheit in ländlichen Genossenschaften führt sich dann die angekündigte Demokratisierung des Wahlsystems zurück.

Es besteht kein Zweifel, daß der Bundeskongreß die Ergebnisse der kommunistischen Parteikonferenz bestätigt, die den Abschluß der Periode des kriegerischen Kommunismus bedeuten.

Der deutsch-rumänische Konflikt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

a **Bukarest**, 4. Mai.

Im Finanzministerium fand am Sonnabend ein Ministerrat über die Frage des deutsch-rumänischen Konfliktes statt, in dem beschlossen wurde, den Antrag der deutschen Regierung, den Schiedsspruch der englischen Regierung anzurufen, abzulehnen. Die rumänische Regierung wird demnächst eine neue Note nach Berlin abgehen lassen, in welcher der Vorschlag gemacht werden wird, eine deutsch-rumänische Konferenz zur Erledigung der in der Frage der Lei-Noten der Banca Generale aufgetauchten Differenzen einzuberufen.

Eindrücke in Italien.

Von

Dr. Richard Lewinsohn.

✱ Neapel, Ende April.

Ein Anlaß zum Festefeiern findet sich immer. Der Geburtstag von Rom — long, long ago — gibt den Neurömern, Fasciſten genannt, Gelegenheit, eine Generalschau zu veranstalten. „Ganz Italien" wird aufgerufen, und ganz Italien ist auf die Beine gebracht. Wer kann widerstehen, wo die Pauke dröhnt und die Trompeten schmettern? In Neapel versammeln sich schon in den Morgenstunden Tausende Schwarzhemden vor dem Nationalmuseum. Ich fahre südwärts: Auf allen Stationen, wo der Zug einige Minuten hält, hört man Tschingtsching-Bumbum und Viva-Rufe, die besonders gut organisierten fasciſtischen Eisenbahner knipsen die Billetts stolz in schwarzen Hemden, die sie nur noch an Festtagen anziehen dürfen, und am nächsten Tage noch wirkt die Feierstimmung zwischen den bunten Wimpeln und den Trümmerhaufen Messinas nach. Der Fascist beherrscht die Szene.

Die wohlgelungene Parade hat den Nörglern wieder vor Augen geführt, wer die Macht hat und wer das Volk ist. Fascio und Nation sind eins. Mögen sie in den verdammten liberalen Journalen, die man trotz allen Verboten immer noch zu sehen bekommt, schreiben, was sie wollen: Der Fascio lebt, der Fascio herrscht, der Fascio regiert. Freilich regiert er noch nicht so, wie es die Extremen wünschen. Man darf, wo Disziplin Ehrenpflicht ist, gegen den Duce gewiß keine scharfen Worte gebrauchen, aber Mussolini wird allgemach zu milde, zu rücksichtsvoll, zu staatsmännisch. Farinacci und Balbo, die Führer des radikalen Flügels, wollen es anders. Gegen die Antifasciſten, die Landesverräter, ist keine Strafe zu streng. Enteignung, Verbannung, Hinrichtung; würde man so verfahren, dann würde es nicht vorkommen, daß man hier und da noch wagt, Fasciſten anzurühren. Und der Scheinparlamentarismus, den Mussolini zugelassen hat, ist auch nichts Rechtes. Der Duce als Diktator, ein paar gute Freunde als Helfer — damit muß sich doch regieren lassen. Die vielen Ministerien verschlingen nur Geld und nützen nichts.

Kein Zweifel: Die Männer, die dieser Methode das Wort reden, haben heute Oberwasser in der fasciſtischen Bewegung. Ihr Protagonist ist Farinacci, der neue Generalsekretär der Partei. Ein demagogischer Polterer, auch äußerlich ein südländischer Hitler: ein Mensch Anfang der Dreißig, ganz von unten aufgestiegen, von brennendem Ehrgeiz getrieben, bis er es zum Bahnhofsvorsteher in Cremona gebracht hat. Für die rote Mütze, kraft der man Züge halten und abfahren lassen kann, hat's sicher gereicht. Ob der Kopf, der unter dieser Mütze steckt, ausreicht, um einen Staat oder auch nur die herrschende Partei eines großen Landes zu lenken, ist eine andere Frage. Der Intellekt hält nicht, wie bei Mussolini, mit dem Willen gleichen Schritt. Man macht sich hier über den Parteiführer lustig, dem nicht selten in öffentlicher Rede ein schwerer Lapsus unterläuft; denn Temperament gilt weder in Rom noch in Florenz als vollgültiger Ersatz für geistige Kultur. Aber dann muß man diesen Mann doch so ernst nehmen, wie es seiner Machtstellung im heutigen Italien entspricht, und die großen Zeitungen, die fasciſtischen Blätter wie die Presse der Opposition notieren täglich mit peinlicher Genauigkeit, was l'on, Roberto Farinacci mündlich oder schriftlich von sich gegeben hat. Cremona, die bescheidene lombardische Seidenweberstadt, ist durch ihren capostagione plötzlich zu einer politischen Metropole geworden. Denn Farinacci vertritt Cremona nicht nur im Parlament, sondern er gibt dort seine „Cremona Nuova" heraus, neben dem von Mussolini begründeten „Popolo d'Italia", das wichtigste Fasciſtenorgan des Landes. In der Tonart erinnert dieses Blatt allerdings lebhaft an den „Miesbacher Anzeiger", wie auch sonst mancherlei in der radikal-fasciſtischen Bewegung an die „seligen" Zeiten gemahnt, da Hitler und Kahr noch vereint marschierten. Genau wie damals in Bayern der „Kampf gegen Berlin" das zündende Schlagwort war, so kämpft auch die facistische „Provinz" gegen die Hauptstadt, wo man nicht schneidig und nicht radikal genug ist. Zwar hat der Fascio seinen „Marsch nach Rom" schon hinter sich, aber kann man es den Häuptlingen und Unterhäuptlingen verdenken, wenn jeder für sich noch einmal nachmachen möchte, was Mussolini vor drei Jahren vorgemacht hat?

Was der Fascismus heute ideell erstrebt, ist alles andere als klar. Mussolini mahnt zwar die Seinen öffentlich, nicht soviel zu theoretisieren und zu dogmatisieren, aber die heftigen Debatten, die jetzt in der Presse und in dem „Großen Rat" der Partei ausgetragen werden, drehen sich doch mehr um taktische Einzelfragen der Politik, um die Stellung der fasciſtischen Gewerkschaft, um das Verhältnis von Partei und Staat und dergleichen. Ein festumrissenes Programm, eine grundsätzliche Tendenz ist nicht mehr erkennbar, seitdem die weitschweifenden außenpolitischen Ambitionen des Fascio gescheitert sind, der Staatsmann Mussolini erkannt hat, daß